



Geschäftsbericht 2025

Bericht und Antrag der erweiterten Staatswirtschaftskommission
vom 3. Juni 2026

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Die erweiterte Staatswirtschaftskommission (Stawiko) hat den Geschäftsbericht 2025 (Vorlage Nr. 4073.1 - 00000) an der ganztägigen Sitzung vom 3. Juni 2026 beraten. Neben Finanzdirektor Heinz Tännler haben auch Roger Wermuth, Leiter Finanzverwaltung, und Reto Ruprecht, Leiter Finanzkontrolle, an der Sitzung teilgenommen. Das Protokoll führte Peter Berchtold, Stawiko-Sekretär. Wir gliedern unseren Bericht wie folgt:

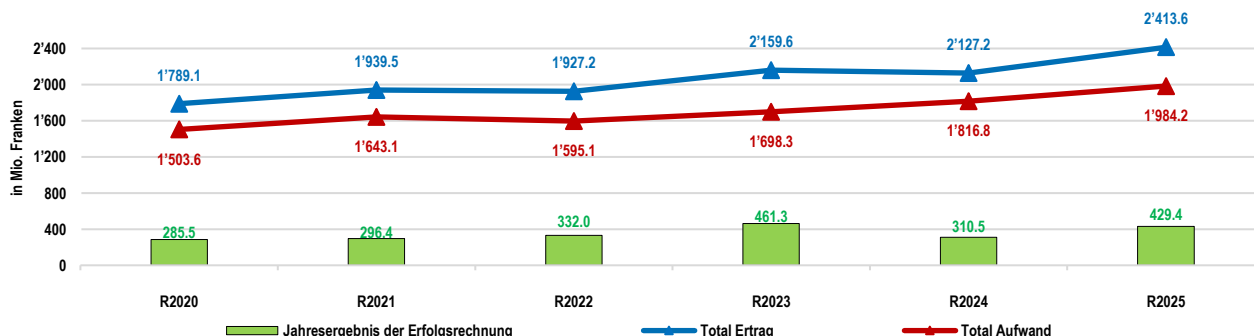
1.	Ausgangslage (Seiten 3–74)	1
2.	Eintretensdebatte	3
3.	Berichterstattung der Finanzkontrolle	4
4.	Hinweise zur ganzen Verwaltung	5
5.	Detailberatung nach institutioneller Gliederung (Seite 75–392)	6
6.	Bilanz (Seite 393–400)	8
7.	Anhang zur Jahresrechnung (Seiten 401–418)	9
8.	Selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalten (Seiten 419–430)	9
9.	Separatfonds (Seiten 431–437)	10
10.	Finanzstatus	10
11.	Jahresergebnis der Erfolgsrechnung	10
12.	Anträge	11

1. Ausgangslage (Seiten 3–74)

Der Bericht des Regierungsrats gibt einen Überblick über die wichtigsten Entwicklungen im Finanzhaushalt des Kantons. Die Stawiko hat dazu keine ergänzenden Bemerkungen und hat davon Kenntnis genommen.

1.1 Übersicht

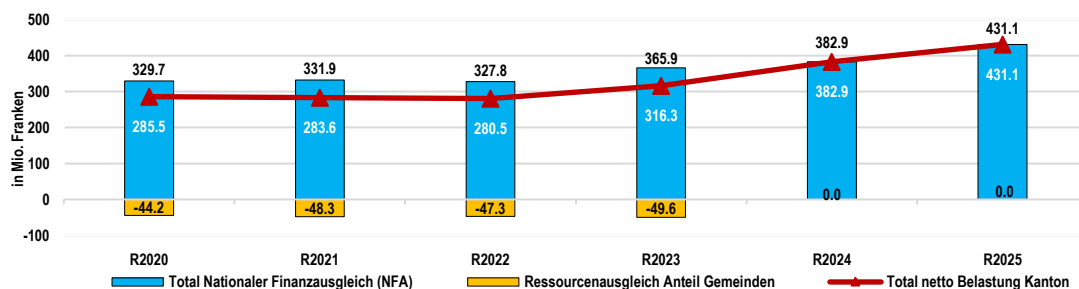
Der Ertragsüberschuss der Jahresrechnung 2025 beträgt 429,4 Millionen Franken und übertrifft den budgetierten Ertragsüberschuss um 198 Millionen Franken. Nachfolgende Grafik zeigt die Entwicklung von Aufwand und Ertrag in den letzten fünf Jahren:



1.2 Aufwände

In der Jahresrechnung 2025 lagen die Aufwände um 41,1 Millionen Franken oder 2 % tiefer als budgetiert. Hauptgründe waren die tieferen Abschreibungen und Transferaufwände.

Mit 431,1 Millionen Franken bildet der Beitrag des Kantons Zug an den Nationalen Finanzausgleich (NFA) eine gewichtige Aufwandposition. Die Entwicklung über die letzten sechs Jahre wird in der folgenden Grafik aufgezeigt:



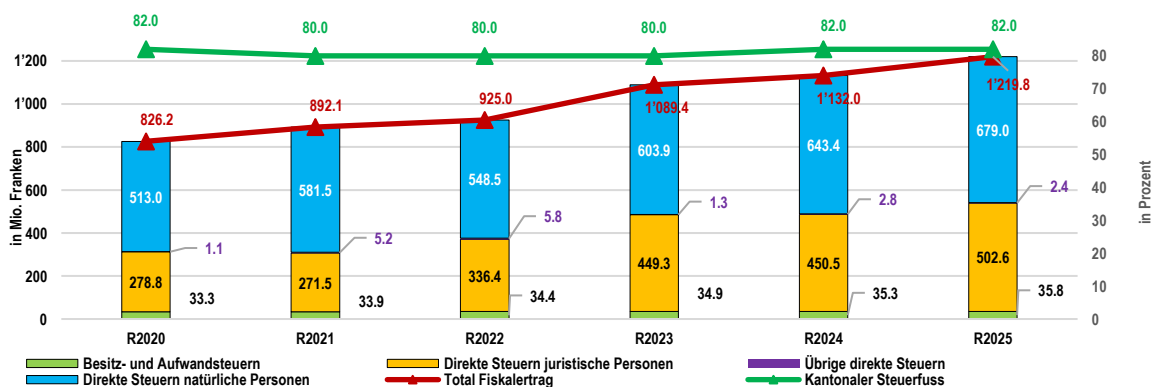
In den nächsten Jahren ist davon auszugehen, dass der Beitrag des Kantons Zug an den NFA weiter ansteigen wird. Dieser Entwicklung gilt es sich bewusst zu sein. Aufgrund der zeitlichen Differenz zwischen Berechnung des Ressourcenausgleichs und der entsprechenden Bemessungsjahre bleibt der Beitrag des Kantons Zug bei allfälligen schlechteren Jahresabschlüssen aufgrund tieferer Fiskalerträge trotzdem hoch und verringert sich erst zeitverzögert. So sind zum Beispiel für die Berechnung des Ressourcenausgleichs 2025 die steuerlichen Bemessungsjahre 2019, 2020 und 2021 massgebend.

1.3 Erträge

Auf der Ertragsseite betrugen die Abweichungen zum Budget plus 157 Millionen Franken oder 7 %. In erster Linie ist dies auf die Zunahme bei den Kantonssteuern sowie beim Finanzertrag zurückzuführen.

Der Fiskalertrag bestehend aus den Kantonssteuern und den Verkehrsabgaben lag um 127,5 Millionen Franken oder 11,7 % über Budget.

Der Kantonssteuerertrag hat sich in den letzten fünf Jahren wie folgt entwickelt:



Bei den natürlichen Personen lagen die Steuererträge um 105,1 Millionen Franken oder 18,3 % über dem Budget. Dies ist im Wesentlichen auf eingegangene und veranlagte Steuerdeklarationen für frühere Jahre zurückzuführen, in denen höhere Einkommens- und Vermögensfaktoren deklariert und veranlagt wurden, als sie bisher provisorisch in Rechnung gestellt waren. Die Steuererträge der juristischen Personen lagen um 25,1 Millionen Franken oder 5,3 % über den Erwartungen, was auf zusätzliche grössere Umstrukturierungen einzelner Unternehmensgruppen zurückzuführen ist.

1.4 Detailinformationen

Die Geldflussrechnung zeigt die Vorgänge, die zur Liquiditätsabnahme von 223,4 Millionen Franken geführt haben. Wenn dazu die Veränderung der Festgelder über drei Monate sowie die Veränderungen der aufgelaufenen Rückerstattungssteuern und der Finanzverbindlichkeiten berücksichtigt werden, beträgt die Liquiditätszunahme 308,9 Millionen Franken.

Bei den Kennzahlen ist unter anderem ersichtlich, dass die «Nettoschuld pro Einwohner/in» von minus 15 642 auf minus 17 794 Franken zugenommen hat (negative Werte bedeuten ein Nettovermögen).

Der Selbstfinanzierungsgrad gibt an, welcher Anteil an den Nettoinvestitionen mit den im gleichen Jahr erwirtschafteten Mitteln finanziert werden kann. Das gute Ergebnis der Erfolgsrechnung hat dazu beigetragen, dass der Wert mit 249,9 % hoch ausgefallen ist.

Weitere Detailinformationen umfassen übersichtliche Zusammenstellungen der Erfolgsrechnung und der Investitionsrechnung, einerseits nach Artengliederung und andererseits nach der institutionellen Gliederung. Ebenfalls enthalten sind Fünfjahresvergleiche der Nettoinvestitionen, der Finanzrechnung und der Bilanz.

2. Eintretensdebatte

Der Geschäftsbericht 2025 liegt mit Datum vom 3. März 2026 vor. Er umfasst den Jahresbericht des Regierungsrats, die Jahresrechnung sowie die Berichterstattung der Direktionen und Ämter in der institutionellen Gliederung. Ebenfalls enthält er die Jahresabschlüsse der richterlichen Behörden, der selbstständigen öffentlich-rechtlichen Anstalten sowie der Separatfonds.

Der Geschäftsbericht ist eine Vorlage, auf die der Kantonsrat zwingend eintreten muss. In § 41 Abs. 1 Bst. g der Kantonsverfassung ist festgelegt, dass er über die Staatsrechnung Beschluss zu fassen hat. Eintreten war in der Stawiko unbestritten.

Bei der Vorbereitung zur Beratung haben die Stawiko-Delegationen den Direktionen detaillierte Fragen gestellt. Die schriftlichen Auskünfte wurden anlässlich der Visitationen mit den Direktionsvorstehenden und zum Teil auch mit Amtsleitenden besprochen. Die Stawiko bedankt sich bei allen Beteiligten für die Beantwortung der Fragen und für die weiterführenden Auskünfte anlässlich der Visitationen.

Zudem hat die Stawiko die Stellungnahme des Regierungsrats zu den Aufforderungen beraten, welche mit dem Stawiko-Bericht zum Budget 2026 vom 29. Oktober 2025 gestellt wurden. Die Stawiko dankt dem Regierungsrat für die seriöse Aufarbeitung. Die Stellungnahme des Regierungsrats vom 17. März 2026 liegt diesem Bericht bei (Beilage 1).

Gemäss § 18 der Geschäftsordnung des Kantonsrats (GO KR) vom 28. August 2014 (BGS 141.1) übt die Stawiko die Oberaufsicht über den Regierungsrat, die Verwaltung und die kantonalen Anstalten aus. Bezüglich der Gerichte, der Ombuds- und der Datenschutzstelle übt sie die Oberaufsicht in den finanziellen Belangen aus. Die Stawiko hat sich einen vertieften Einblick bezüglich Gesetzmässigkeit, Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit, Wirksamkeit und Plausibilität verschafft. Alle Stawiko-Delegationen haben für ihre Bereiche Berichte verfasst, die bei der Beratung vorlagen.

Die Stawiko dankt dem Regierungsrat und allen Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung, der Schulen und der richterlichen Behörden für ihre Arbeit, die sie für den Kanton leisten. Sie alle tragen dazu bei, dass der Kanton Zug erfolgreich unterwegs ist.

3. Berichterstattung der Finanzkontrolle

3.1 Stellung, Auftrag und Wirkung

Als Fachorgan der Finanzaufsicht des Kantons unterstützt die Finanzkontrolle die Entscheide von Kantons- und Regierungsrat mit objektiven Berichten und trägt zur Verbesserung und Transparenz bei. Dabei handelt die Finanzkontrolle unabhängig, unparteiisch und kompetent, um ein funktionsfähiges, stabiles und rechtskonformes staatliches Handeln zu unterstützen.

Die Finanzkontrolle legt das jährliche Prüfprogramm selbstständig fest. Sie orientiert sich dabei an den finanziellen und wirtschaftlichen Risiken des Kantons Zug, berücksichtigt die Erkenntnisse aus früheren Prüfungen und stellt eine ausgewogene Abdeckung aller Direktionen und Gerichte sicher.

Neben der Abschlussrevision der Jahresrechnung des Kantons führt die Finanzkontrolle während des Jahres gezielte Finanzaufsichtsprüfungen durch. Diese umfassen insbesondere Amtsdrevisionen einschliesslich IKS-Prüfungen, generelle IT-Kontrollen von Finanzapplikationen sowie Bereichs- und Prozessrevisionen und Prüfungen von Projekt- und Kreditabrechnungen. Im Fokus stehen dabei sowohl die Prozesse als auch die Erfolgs- und Investitionsrechnung. Die entsprechenden Berichte stehen den Mitgliedern der Stawiko, den zuständigen Direktionen bzw. Gerichten sowie der Finanzdirektion digital zur Verfügung. Die Tätigkeit der Finanzkontrolle fördert und sichert das Vertrauen in die Integrität des staatlichen Handelns.

Gemäss §§ 47–49 des Finanzhaushaltsgesetzes vom 31. August 2006 (FHG, BGS 611.1) nimmt die Finanzkontrolle Sachverhalte in ihre Berichte auf und gibt: ¹

- Hinweise
- Empfehlungen
- Beanstandungen
- Hinweise auf strafbare Handlungen

Im Zentrum dieser Sachverhalte stehen Massnahmen zur Behebung und Vorbeugung von Mängeln sowie zur Stärkung der Gesetzmässigkeit, der Sparsamkeit, der Wirtschaftlichkeit und der

¹ Begriffserläuterungen: «Sachverhalt» = Erläuterung eines Ist-Zustands, der nicht dem erwarteten Soll-Zustand (Mangel) entspricht und aus dem sich Hinweise, Empfehlungen oder Beanstandungen ergeben. «Hinweis» = kleinerer Mangel bzw. Abweichung vom Soll-Zustand mit geringerer Wesentlichkeit. «Empfehlung» = mittlerer wesentlicher Mangel (Abweichung vom Soll-Zustand) mit Vorbehalt bezüglich der Ordnungs- und/oder Rechtmässigkeit im behandelten Bereich. «Beanstandung» = grösserer wesentlicher Mangel (Abweichung vom Soll-Zustand) mit Vorbehalt oder Einschränkung bezüglich der Ordnungs- und/oder Rechtmässigkeit im behandelten Bereich.

Wirksamkeit (Grundsätze und Haushaltsregeln, § 2 FHG) sowie zur Sicherstellung der Transparenz und der Effektivität des Internen Kontrollsystems (IKS).

3.2 Prüftätigkeit und Genehmigungsempfehlung

Im Jahr 2025 hat die Finanzkontrolle 59 Revisionsberichte veröffentlicht, im Jahr 2026 bisher 22 (Stand: 13. Mai 2026). Davon entfallen 22 Berichte auf Revisionen externer Jahresrechnungen und 59 Berichte betreffen die Finanzaufsicht des Kantons Zug (einschliesslich der kantonalen Anstalten PH Zug und JVA Bostadel).

Seit dem letzten Bericht zur Jahresrechnung des Kantons sprach die Finanzkontrolle in den Finanzaufsichtsberichten (Stand: 13. Mai 2026) vier Beanstandungen, 94 Empfehlungen sowie zahlreiche Hinweise aus. Darüber hinaus ergaben sich aus der Prüftätigkeit der Finanzkontrolle zwei Hinweise auf strafbare Handlungen.

Der Stawiko wurde mitgeteilt, dass die beiden Hinweise auf strafbare Handlungen sowie die Beanstandungen keinen wesentlichen Einfluss auf die Ordnungs- und Rechtmässigkeit der Jahresrechnung 2025 haben. Zudem wurden sämtliche von der Finanzkontrolle den geprüften Stellen gesetzten Fristen zur Behebung der Beanstandungen eingehalten.

Die Umsetzung der ausgesprochenen Empfehlungen wird jeweils bei der nächsten Revision überprüft und der Stawiko in Berichten transparent dargelegt. Die Stawiko erhält sämtliche Berichte der Finanzkontrolle. Anlässlich der Visitationen kann sich die Stawiko zudem nach den Empfehlungen, Beanstandungen und deren Umsetzungsstand erkundigen.

Fazit: Im Rahmen der Abschlussrevision der Jahresrechnung des Kantons prüft die Finanzkontrolle insbesondere die Bilanzpositionen sowie die Einhaltung der Rechnungslegungsvorschriften. In ihrem Bericht Nr. 22-2026 vom 13. Mai 2026 stellt die Finanzkontrolle aufgrund der stichprobenweise durchgeführten Prüfung fest, dass die Jahresrechnung für das am 31. Dezember 2025 abgeschlossene Rechnungsjahr im Wesentlichen den Vorgaben des Finanzhaushaltsgesetzes vom 31. August 2006 (FHG, BGS 611.1) entspricht. Die Finanzkontrolle empfiehlt, die Jahresrechnung 2025 des Kantons Zug mit einem Ertragsüberschuss von 429,4 Mio. Franken zu genehmigen.

4. Hinweise zur ganzen Verwaltung

4.1 Budgetkreditüberschreitungen

Gestützt auf § 34 Abs. 4 des Finanzhaushaltsgesetzes (BGS 611.1) ist die engere Stawiko jeweils zu informieren, wenn bei gebundenen Ausgaben das Budget wesentlich überschritten wird. Von einer wesentlichen Abweichung kann in der Praxis gesprochen werden, wenn diese mehr als 10 % der Kreditsumme oder mehr als 0,1 Millionen Franken beträgt. Damit ist eine Richtschnur vorgegeben, jedoch muss die Wesentlichkeit in jedem Fall durch die Organisationseinheit individuell beurteilt werden. In Bezug auf die Jahresrechnung 2025 hat die engere Stawiko von 30 Beschlüssen des Regierungsrats (RRB) oder der Direktionen Kenntnis genommen, welche in der Beilage 2 aufgeführt sind. Insgesamt ging es dabei um Budgetkreditüberschreitungen in Höhe von rund 5,3 Millionen Franken in der Erfolgsrechnung und rund 8,9 Millionen Franken in der Investitionsrechnung.

4.2 Personalstellen

Die Personalstellenübersicht, die der Stawiko bei der Beratung jeweils vorliegt, findet sich in der Beilage 3 zu diesem Bericht. Per Ende 2025 waren insgesamt rund 2'239 Personalstellen in der kantonalen Verwaltung und bei den richterlichen Behörden besetzt. Budgetiert waren rund 7 Stellen mehr. Es gilt zu beachten, dass es sich bei dieser Aufstellung um eine Momentaufnahme handelt.

Die Stawiko stellt fest, dass die vom Kantonsrat bewilligten Stellen teilweise überschritten werden (im Jahr 2025 zum Beispiel bei der Zuger Polizei oder beim Strassenverkehrsamt).

- ➔ Der Regierungsrat wird aufgefordert, das im Jahr 2026 eingeführte HR-Reporting zu nutzen und insbesondere die vom Kantonsrat bewilligten Stellenplanvorgaben jederzeit einzuhalten.

4.3 Zeit- und Ferienguthaben

Die Rückstellung für aufgelaufene Zeit- und Ferienguthaben betrug 14,9 Millionen Franken und somit rund 0,2 Millionen Franken weniger als im letzten Jahr. Der Stundensaldo stieg um rund 1'553 auf insgesamt 192'074 Stunden. Die Gründe für diesen Anstieg liegen vorwiegend in Mehrleistungen aufgrund Krankheit, Unfall, Mutterschaft, Weiterbildung oder der Übernahme von zusätzlichen Aufgaben. Der betragsliche Rückgang resultiert aus tieferen Stundensätzen als im Vorjahr sowie einem im Verhältnis höheren Stundensatz des Lehrpersonals bei rückläufigen Stunden.

5. Detailberatung nach institutioneller Gliederung (Seite 75–392)

Die Detailberatung der Jahresrechnung (Erfolgsrechnung und Investitionsrechnung) wurde aufgrund des Geschäftsberichts vom 3. März 2026 vorgenommen. Folgende Bereiche wurden an der Stawiko-Sitzung speziell diskutiert:

1126 Staatsarchiv

Die Ziele des Projekts «Moderne Zuger Kantonsgeschichte» konnten nicht erreicht werden. Da die Projektleitung neu ausgeschrieben werden musste, steht das Projekt rund zwei Jahre nach Rechtskraft des Objektkredits praktisch wieder am Anfang.

- ➔ Der Regierungsrat wird aufgefordert, das Projekt «Moderne Zuger Kantonsgeschichte» eng zu begleiten und zu überwachen, damit es nicht noch zu grösseren Verzögerungen bei der Umsetzung kommt.

1552 Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz

Gemäss § 18 Abs. 2 des Kantonsratsbeschlusses über die Geschäftsordnung des Kantonsrats (GO KR, BGS 141.1) übt die Stawiko in finanziellen Belangen die Oberaufsicht über die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) aus. Diese Oberaufsicht in finanziellen Belangen erfolgt im Rahmen der Visitation durch die Stawiko-Delegation bei der Direktion des Innern. Der Geschäftsbericht der KESB wird als eine separate Vorlage Nr. 4086.1 - 00000 dem Kantonsrat unterbreitet und von der Justizprüfungskommission kommentiert. Die Stawiko verzichtet auf eine separate Berichterstattung.

Die organisatorische Trennung von Amtsleitung und Präsidium wird gemäss Auskunft der Direktion des Innern bereits in nächster Zeit ohne die notwendige Anpassung der gesetzlichen Grundlagen vollzogen. Die Stawiko beurteilt dieses Vorgehen ohne umgehende Anpassung der gesetzlichen Grundlagen als kritisch.

1790 Amt für Kultur

Innerhalb des Kunsthause Zug bestehen gemäss Medienberichten Unstimmigkeiten. Die Stawiko befürchtet auch für den Kanton Zug einen Reputationsverlust, wenn diese Unstimmigkeiten nicht innert nützlicher Frist geregelt werden können.

- ➔ Der Regierungsrat wird aufgefordert, nach seinen Möglichkeiten so zu agieren, dass im Kunsthause Zug wieder Ruhe einkehrt und ein allfälliger Reputationsverlust – auch für den Kanton Zug – vermieden werden kann.

2019 Kaufmännisches Bildungszentrum

Die Reform «Kaufleute 2023» wird gesamtschweizerisch – insbesondere aber auch beim Kaufmännischen Bildungszentrum Zug (KBZ) – kritisch hinterfragt. Es besteht der Eindruck, dass das KBZ die Reform an vorderster Front vorantreibt. Dies wird seitens der Stawiko kritisch beurteilt, insbesondere auch im Zusammenhang mit den anstehenden Investitionen für den Umbau und die Instandsetzung des KBZ.

- ➔ Der Regierungsrat wird aufgefordert, für die Stawiko einen Vergleich über die Umsetzung der Reform «Kaufleute 2023» in den verschiedenen Kantonen und eine Beurteilung über die Umsetzung beim Kaufmännischen Bildungszentrum Zug zu erstellen und abzugeben.

3060 Hochbauamt

Beim Projekt Gesamtinstandsetzung mit Neubau der Justizvollzugsanstalt Bostadel bestehen Unsicherheiten in Bezug auf die Kostenentwicklung, die Terminplanung und der vertraglichen Situation mit den Generalplanern. Da der genehmigte Verpflichtungskredit nicht ausreichen wird, besteht eine erhöhte Informationspflicht gegenüber dem Kantonsrat. Es wird von der Stawiko erwartet, dass spätestens nach der anberaumten Sitzung der Baudelegation im 3. Quartal 2026 eine konkrete Kostenbandbreite kommuniziert wird.

- ➔ Der Regierungsrat wird aufgefordert, den zuständigen Kommissionen und dem Kantonsrat zeitnah darzulegen, in welcher Grössenordnung ein Zusatzkredit für die Planung der Gesamtinstandsetzung mit Neubau der Justizvollzugsanstalt Bostadel zu erwarten ist.

3050 Amt für Umwelt

Im Bereich PFAS ist die aktuelle Situation stark durch Unsicherheiten geprägt und auch abhängig von Vorgaben und Massnahmen des Bundes.

- ➔ Der Regierungsrat wird aufgefordert, eine schriftliche Lagebeurteilung zu PFAS – unter Berücksichtigung der Erkenntnisse des Bundes und der Massnahmen anderer Kantone – zu erstellen.

3590 Zuger Polizei

Der künftige Austritt des Kantons Bern aus der Interkantonalen Polizeischule Hitzkirch (IPH) bringt verschiedene Herausforderungen. Das Konkordatsvertragswerk ist 20 Jahre alt und nicht mehr in allen Belangen ausreichend. Die Erarbeitung eines neuen Vertrages ist aufwändig und erfordert eine Ratifizierung durch alle Konkordatskantone. Die Revisionsstelle der IPH hat erstmalig eine Warnung vor Überschuldung abgegeben. Für die notwendige Bilanzsanierung kommt eine Einmaleinlage von ca. 20 Millionen Franken (Anteil Kanton Zug ca. 1 Million Franken) als gebundene Ausgabe oder Darlehen der Kantone (tiefere Zinsbelastung) in Frage. Die möglichen Massnahmen werden derzeit auf Stufe Konkordatsbehörde diskutiert. Die Sanierung der Erfolgsrechnung soll über eine Erhöhung der Leistungspauschalen erfolgen. Man muss sich vor Augen führen, dass die Schule gegenüber 2007 doppelt so viele Schüler ausbildet.

Der Kantonsrat wird auf die drohende Überschuldung der Interkantonalen Polizeischule Hitzkirch (IPH) aufmerksam gemacht.

Die Stawiko stellt fest, dass in der Personalstellenübersicht der kantonalen Verwaltung per 31. Dezember 2025 (Stand 18. Februar 2026) die Zuger Polizei nur gesamthaft mit 361,71 Stellen aufgeführt ist. Demgegenüber wird zum Beispiel das Strassenverkehrsamt mit total 47,9 Stellen zusätzlich noch in die Bereiche «Führung», «Prüfung», «Zulassung», «Zentrale Dienste» und «Recht» aufgeteilt.

- ➔ Der Regierungsrat wird aufgefordert, auf der Liste der Personalstellenübersicht der kantonalen Verwaltung auch bei der Zuger Polizei die Aufteilung nach den verschiedenen Bereichen – ähnlich wie beim Strassenverkehrsamt – aufzuzeigen.

Für die Stawiko fehlt bei der Zuger Polizei eine langfristige Planung. So wurden zum Beispiel vor Jahren Polizeiposten aufgehoben. Diese Lücke soll nun wieder mit dem Projekt «bürger-nahe Polizei» geschlossen werden. Aufgrund der Grösse der Amtsstelle erwartet die Stawiko, dass die Zuger Polizei eine mittel- bis langfristige Planung erarbeitet und diese der Stawiko-Delegation zum Beispiel im Zusammenhang mit neuen Personalstellen vorlegen kann.

5050 Amt für Informatik und Organisation

Die Zusammenarbeit zwischen dem Amt für Informatik und Organisation (AIO), der IT Services Zug AG und den Gemeinden ist darauf ausgerichtet, in verschiedenen Bereichen (IT-Architektur, IT-Infrastruktur und Fachapplikationen) enger zusammenzuarbeiten. Aufgrund der unterschiedlichen Entwicklung, Ausrichtung und Ersatzzyklen wird die Synchronisierung jedoch mehrere Jahre beanspruchen. Die Eigentümerstruktur der IT Services AG mit der Stadt Zug als Hauptaktionärin ist speziell. Es wird sich in Zukunft zeigen, ob die Beteiligungsverhältnisse zu Problemen (zum Beispiel in Bezug auf die Ergebnispolitik) führen.

6. Bilanz (Seite 393–400)

Die wichtigsten Bilanzveränderungen gegenüber dem Vorjahr sind kurz erläutert.

Das Finanzvermögen hat um 332,2 Millionen Franken auf rund 3,4 Milliarden Franken zugenommen. Das Eigenkapital ist um 405 Millionen Franken angestiegen und beträgt per Jahresende rund 3 Milliarden Franken. Davon sind 134,5 Millionen Franken in Spezialfinanzierungen gebunden, namentlich für den Strassenbau. Bei der Position «Total Bilanzüberschuss» handelt es sich um das freie Eigenkapital, das sich per Ende Jahr auf 2,9 Milliarden Franken beläuft. Es zeigt sich, dass die Verhältnisse von Finanz- zu Verwaltungsvermögen und von Fremd- zu Eigenkapital weiterhin von einer soliden Bilanzstruktur zeugen.

7. Anhang zur Jahresrechnung (Seiten 401–418)

Auf den Seiten 414–418 sind Status und Abrechnung der Verpflichtungskredite aufgelistet. Gemäss § 28 Abs. 8 des Finanzhaushaltgesetzes werden abgerechnete Verpflichtungskredite bis zu 10 Millionen Franken im Anhang zur Jahresrechnung aufgeführt und dem Kantonsrat zur Genehmigung beantragt. Dieses Jahr handelt es sich um:

- Kredit von brutto 1,7 Millionen Franken für den Ausbau Hinterburgmülibach, Neuheim,
- Folgende Kredite im Rahmen des Strassenbauprogramms 2014-22, erstreckt bis 2026:
 - von netto 1,9 Millionen Franken für die KS P, Sand AG-Knoten Industrie, Neuheim,
 - von netto 1,3 Millionen Franken für die KS P, Knoten Industrie-Knoten Blatt, Neuheim,
 - von netto 3,1 Millionen Franken für die KS 25/368 Sinser-/Drälikerstr. Knoten Zollhus, Hünenberg,
 - von netto 2,1 Millionen Franken KS Kanton Zug, Kommunikation und Leittechnik 2016+.

Die Kreditabrechnungen wurde durch die Finanzkontrolle geprüft.

- Die Stawiko beantragt dem Kantonsrat, diesen abgeschlossenen Verpflichtungskredit zu genehmigen.

8. Selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalten (Seiten 419–430)

8.1 Pädagogische Hochschule Zug (PH Zug)

Die PH Zug wird analog zu den Ämtern der kantonalen Verwaltung mit Leistungsauftrag und Globalbudget geführt. Sie ist administrativ dem Amt für Mittelschulen und Pädagogische Hochschule der Direktion für Bildung und Kultur zugeordnet.

Die Erfolgsrechnung schliesst mit einem Ertragsüberschuss von 0,7 Millionen Franken ab. Der Ertragsüberschuss ergibt sich aus dem Wachstum der Studierendenzahlen sowohl im Bachelor- wie auch im Masterstudiengang. Der Kantonsbeitrag entspricht dem budgetierten Betrag von 13,4 Millionen Franken abzüglich der Rückerstattung von 3,3 Millionen Franken gemäss § 16 Abs. 4 des Gesetzes über die Pädagogische Hochschule Zug (PH-Gesetz, PHG, BGS 414.41) an den Kanton. Der Nettobetrag von 10,1 Millionen Franken ist in der Kostenstelle 1730 dem Amt für Mittelschulen und Pädagogische Hochschule belastet. Die PH Zug weist eine Bilanzsumme von rund 9,8 Millionen Franken auf, rund 4,1 Millionen Franken höher als im Vorjahr. Die allgemeinen Reserven betragen nach Zuweisung des Ertragsüberschusses rund 2,5 Millionen Franken.

Die Finanzkontrolle gibt in ihrem Prüfbericht (Nr. 19-2026 vom 20. April 2026) verschiedene Empfehlungen und Hinweise ab und empfiehlt dem Regierungsrat, die Jahresrechnung 2025 dem Kantonsrat zur Genehmigung zu beantragen.

8.2 Justizvollzugsanstalt Bostadel

Gemäss Art. 4 Abs. 1 des Vertrages zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Zug zur Errichtung und zum Betrieb einer gemeinsamen Strafanstalt im Bostadel (siehe Anhang zu BGS 332.31) haben die Parlamente beider Kantone die Jahresrechnung zu genehmigen.

Die Rechnung schliesst mit einem Aufwandüberschuss von rund 0,06 Millionen Franken ab. Der vertraglich vereinbarte Anteil des Kantons Zug beträgt ein Fünftel oder rund 0,013 Millionen Franken. Die Verbuchung erfolgt im Amt für Justizvollzug (Amtsnummer 3596) der Sicherheitsdirektion.

Die Jahresrechnung wurde von den Finanzkontrollen der beiden Kantone revidiert. In ihrem Bericht Nr. 17-2026 vom 14. April 2026 halten sie fest, dass sie bei der Revision nicht auf Sachverhalte gestossen sind, aus denen sie schliessen müssten, dass die Jahresrechnung nicht dem schweizerischen Gesetz und dem Vertrag entspricht.

8.3 Gebäudeversicherung Zug

Der Regierungsrat hat die Jahresrechnung und den Geschäftsbericht 2025 genehmigt und der Kantonsrat nimmt diese zur Kenntnis. Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat eine separate Vorlage Nr. 4087.1 - 18535 unterbreitet, wozu die Stawiko mit einem separaten Bericht Stellung nimmt.

9. Separatfonds (Seiten 431–437)

Separatfonds sind formell ausgeschiedene, rechtlich nicht verselbständigte Teile des Staatsvermögens und werden am Ende des Geschäftsberichts ausgewiesen. Auf Seite 433 findet sich eine kurze Gesamtwürdigung. Die Finanzkontrolle bestätigt in ihrem Bericht Nr. 21-2026 vom 13. Mai 2026, dass die Rechnungsführung im Wesentlichen ordnungsgemäss erfolgte und empfiehlt, die Jahresrechnung 2025 mit einem Ertragsüberschuss von rund 2,2 Millionen Franken zu genehmigen. Die Stawiko hat dazu keine weitergehenden Bemerkungen.

10. Finanzstatus

Gemäss § 38 Abs. 1 Bst. e des Finanzhaushaltsgesetzes erstellt der Regierungsrat einen Finanzstatus mit den Gesamtauswirkungen von neuen Vorlagen zuhanden der Stawiko und des Kantonsrats. Der aktuelle Finanzstatus erfasst die finanziellen Auswirkungen derjenigen Geschäfte, die in der Zeit vom 24. September 2025 bis 5. Mai 2026 vom Regierungsrat und vom Kantonsrat beschlossen worden sind. Der Finanzstatus zeigt die Differenzen zwischen den effektiven Ausgabenbeschlüssen und den Budget- bzw. Finanzplanzahlen. Es ist zu beachten, dass die finanziellen Entwicklungen, die nicht auf Regierungsrats- oder Kantonsrats-Beschlüsse zurückgehen (wie zum Beispiel die Steuererträge oder die zeitliche Verschiebung von Investitionsprojekten) nicht berücksichtigt sind. Die Übersicht fasst alle finanziellen Auswirkungen zusammen. Es zeigt sich, dass die erfassten Beschlüsse die Jahresrechnung 2026 um rund 2,7 Millionen Franken mehr belasten als budgetiert. Hauptgründe dafür sind verschiedene Beschlüsse des Regierungsrats im Zusammenhang mit Leistungsvereinbarungen. Die Stawiko hat vom Finanzstatus Kenntnis genommen und legt die Übersicht diesem Bericht bei (Beilage 4).

11. Jahresergebnis der Erfolgsrechnung

Gemäss § 18 Abs. 1 und 2 des Finanzhaushaltsgesetzes (BGS 611.1) wird das Jahresergebnis der Erfolgsrechnung im Konto Bilanzüberschuss/-fehlbetrag verbucht. Auf Beschluss der Legislative kann von diesem Grundsatz abgewichen werden. Der Ertragsüberschuss beträgt für das Jahr 2025 429,4 Millionen Franken.

12. Anträge

Gestützt auf diesen Bericht beantragt die Stawiko mit 14 Ja- zu 0 Nein-Stimmen ohne Enthaltung (bei 1 kurzzeitigen Abwesenheit):

1. den Geschäftsbericht 2025, bestehend aus Jahresbericht des Regierungsrats und Jahresrechnung (Vorlage Nr. 4073.1 - 00000), mit den sieben Aufforderungen (vgl. Beilage 5) zu genehmigen;
2. die im Anhang zur Jahresrechnung als abgeschlossen bezeichneten Verpflichtungskredite zu genehmigen;
3. die Jahresrechnung 2025 der Pädagogischen Hochschule Zug zu genehmigen;
4. die Jahresrechnung 2025 der Justizvollzugsanstalt Bostadel zu genehmigen.

Edlibach, 3. Juni 2026

Mit vorzüglicher Hochachtung
Im Namen der erweiterten Staatswirtschaftskommission

Der Präsident: Tom Magnusson

Beilagen:

- 1) Stellungnahme des Regierungsrats vom 17. März 2026 zu den Aufforderungen der Stawiko
- 2) Liste der Budgetkreditüberschreitungen
- 3) Personalstellenübersicht per 31. Dezember 2025
- 4) Finanzstatus per 5. Mai 2026 (Übersicht)
- 5) Liste der Aufforderungen

Beilage 1



Regierungsrat

Nicht öffentlich

Regierungsrat, Postfach, 6301 Zug

Erweiterte Staatswirtschaftskommission
(Versand über Sekretariat)

Zug, 17. März 2026 rv

Stawiko-Pendenzenliste vom 29. Oktober 2025: Stellungnahme

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Mitglieder der erweiterten Staatswirtschaftskommission

Der Regierungsrat nimmt zu den Pendenzen gemäss Liste vom 29. Oktober 2025 wie folgt Stellung:

Listen «Stellenbegehren» und «Stellenübersicht der Kantonalen Verwaltung und Richterlichen Behörden»

Die Stawiko forderte den Regierungsrat im Stawiko-Bericht zum Budget 2025 vom 30. Oktober 2024 (Vorlage 3797.2 - 17932) auf, Umwandlungen von Hilfskräften nicht als «erfolgsneutral» zu bezeichnen. Trotzdem werden diese Umwandlungen in der Liste «Stellenübersicht der Kantonalen Verwaltung und Richterlichen Behörden» immer noch unter der Spalte «erfolgsneutrale Stellen» gezeigt. Zudem enthalten die beiden Listen nicht dieselben Informationen.

Der Regierungsrat wird aufgefordert, die Listen «Stellenbegehren» und «Stellenübersicht der Kantonalen Verwaltung und Richterlichen Behörden» in eine Liste zusammenzuführen und die Umwandlung von Stellen separat auszuweisen und nicht als erfolgsneutral zu bezeichnen.

Stellungnahme

Bereits für das Budget 2026 wurde für Stellenbegehren der ersten Priorität Kategorien nachfolgende Kategorien festgelegt:

- **Gesetzliches Wachstum:** Stellen, welche aufgrund eines Kantonsratsbeschlusses oder aufgrund bundesrechtlicher Erlasse geschaffen werden müssen;
- **Lehrpersonen:** Stellen für Lehrpersonen, welche aufgrund einer höheren Anzahl von Schulklassen notwendig sind;
- **Kostenneutrale Stellen:** Aufgaben, welche vollständig rückfinanziert werden (z. B. durch Einwohnergemeinden);
- **Kostenneutrale Umwandlungen:** Aufgaben, welche durch Aushilfen und Hilfskräfte bereits über einen längeren Zeitraum erbracht wurden und in Feststellen umgewandelt werden.

Regierungsgebäude, Seestr. 2, 6300 Zug
T +41 41 594 11 11
zg.ch

Seite 2/9

Die Liste «Stellenbegehren» wurde an diese Kategorisierung angepasst und die Umwandlungen von Hilfskräften als separate Spalte ausgewiesen. In der Liste «Stellenübersicht der Kantonalen Verwaltung und Richterlichen Behörden» wurde die ursprüngliche Aufteilung verwendet und die Kostenneutrale Stellen sowie Umwandlungen von Hilfskräften zusammengefasst.

Das Personalamt setzt in der aktuellen Budgetierungsphase (Budget 2027 und Finanzplanung 2028–2030) die oben definierte Kategorisierung konsequent um und wird Umwandlungen von Hilfskräften jeweils als eigenen Wert ausweisen. Zudem ist die Zusammenführung der beiden Listen «Stellenbegehren» und «Stellenübersicht der Kantonalen Verwaltung und Richterlichen Behörden» bereits eingeplant. Da die Umwandlung einer bestehenden Hilfskraftstelle in eine Festanstellung keine zusätzlichen Kosten verursacht, wurde für diese Kategorie der Begriff «Kostenneutrale Umwandlungen» gewählt.

Leistungsvereinbarungen

Die Delegationen stellten fest, dass sich verschiedene Leistungsvereinbarungen – insbesondere Leistungsvereinbarungen mit automatischer Verlängerung – nicht mehr auf die aktuellen gesetzlichen Grundlagen beziehen.

Der Regierungsrat wird aufgefordert, die aktuell laufenden Leistungsvereinbarungen bei der Verlängerung beziehungsweise bis spätestens 2027 vor dem Hintergrund der aktuellen gesetzlichen Vorgaben zu überprüfen. Allfällig festgestellter Änderungsbedarf ist aufgrund einer Risikoeinschätzung spätestens im Kontext der Erneuerung und/oder Verlängerung der jeweiligen Leistungsvereinbarung aufzunehmen und mit dem Leistungserbringer zu vereinbaren.

Stellungnahmen

- Staatskanzlei: Keine Leistungsvereinbarungen.
- Direktion des Innern: Sämtliche Leistungsvereinbarungen sind zeitlich befristet und werden jeweils im Rahmen der Erneuerungen ohnehin eingehend überprüft (inkl. gesetzliche Grundlagen).
- Direktion für Bildung und Kultur: Die Leistungsvereinbarungen beziehen sich auf die aktuellen gesetzlichen Grundlagen und werden jeweils im Rahmen der Erneuerung überprüft.
- Die Volkswirtschaftsdirektion prüft jeweils bei der Verlängerung der Leistungsvereinbarungen, ob die rechtlichen Grundlagen noch aktuell sind. Dies wird auch in Zukunft so gehandhabt. Im Übrigen hat die Volkswirtschaftsdirektion keine Leistungsvereinbarungen mit automatischer Verlängerung.
- Die Baudirektion erachtet die Aufforderung zur Überprüfung der aktuell laufenden Leistungs- und Branchenvereinbarungen als angezeigt. Dabei ist festzuhalten, dass ein grosser Teil dieser Vereinbarungen als Rahmenvereinbarung ausgestaltet ist. Diese regeln die grundlegenden rechtlichen, organisatorischen und finanziellen Rahmenbedingungen der Zusammenarbeit. Die konkreten, jährlich oder periodisch zu erbringenden Leistungen werden in separaten Pflichtenheften verbindlich festgelegt. Durch diese Konstruktion können gesetzliche Anforderungen, fachliche Neuerungen sowie veränderte Rahmenbedingungen zeitnah und zielgerichtet auf Ebene der Pflichtenhefte berücksichtigt werden, ohne dass

Seite 3/9

hierfür jeweils eine Anpassung der übergeordneten Leistungsvereinbarung erforderlich ist. Die Pflichtenhefte sind Bestandteil der vertraglichen Leistungssteuerung und werden regelmässig überprüft sowie bei Bedarf angepasst. Vor diesem Hintergrund ergibt sich, dass aufgrund der bestehenden Pflichtenhefte und deren inhaltlicher Ausgestaltung nicht bei allen Leistungsvereinbarungen ein Anpassungsbedarf besteht. Die gesetzeskonforme, zweckmässige und wirtschaftliche Leistungserbringung ist durch das bestehende Instrumentarium mindestens teilweise bereits gewährleistet. Die Baudirektion erachtet das aktuelle Modell aus Rahmenvereinbarung und konkretisierendem Pflichtenheft als sachgerecht und ausreichend flexibel, um auch künftig auf gesetzliche Änderungen und Risiken angemessen reagieren zu können. Diejenigen Leistungs- und Branchenvereinbarungen, bei denen eine Aktualisierung angezeigt ist, werden erneuert.

- Sicherheitsdirektion: Über die Leistungsvereinbarungen wird ein Inventar geführt. Grossmehrheitlich sind die Vereinbarungen der Sicherheitsdirektion punkto Rechtsgrundlagen auf aktuellem Stand und werden bei einer Erneuerung auch regelmässig überprüft sowie bei Bedarf angepasst. Beim Amt für Justizvollzug wurde im Bereich der medizinischen Versorgung und der Seelsorge vereinzelt ein rechtlich unkritischer Bedarf zur Nachführung einzelner Bestimmungen erkannt. Die entsprechenden Aktualisierungen werden zeitgerecht vorgenommen.
- Die Gesundheitsdirektion hat die rechtlichen Grundlagen in den Leistungsvereinbarungen und Subventionsvereinbarungen geprüft. Es gibt Bedarf nach zwei untergeordneten Anpassungen, die anlässlich der nächsten Erneuerung korrigiert werden.
- Finanzdirektion: Keine Leistungsvereinbarungen.

Finanzplanung

In der historischen Betrachtung lässt sich feststellen, dass die Abweichungen des Budgets beziehungsweise der Jahresrechnung zur Finanzplanung teilweise erheblich waren. Insbesondere bei der Entwicklung der neuen Stellen könnten aus Sicht der Stawiko die Prognosen verbessert werden. Da es sich um ein Produkt handelt, das der Kantonsrat zur Kenntnis nimmt, wird inskünftig eine Steigerung der Planungsqualität erwartet.

Der Regierungsrat wird aufgefordert, sicherzustellen, dass die Qualität im Finanzplan – insbesondere bei der Entwicklung der neuen Stellen – weiter erhöht wird.

Stellungnahme

Das Personalamt hat die Personalkostenplanung für den Budgetprozess optimiert. Unter anderem wird die bisherige zentrale Budgetierung auf der Kostenstelle 5011 (Allgemeiner Personalaufwand) für die individuelle Lohnentwicklung und die Teuerung neu dezentral bei den Ämtern budgetiert. Mit dieser dezentralen Budgetierung wird für das Amt die Genauigkeit erhöht und im Geschäftsbericht die Abweichung von Budget zu Jahresrechnung minimiert. Ebenfalls werden für das Budget sowie die Finanzplanjahre grösserer oder ausserordentlicher Stellenbedarf sowie befristet genehmigte Stellen berücksichtigt. Die Details können Sie dem Regierungsratsbeschluss über die Vorgaben für das Budget 2027 sowie für die Planjahre 2028-2030 vom

Seite 4/9

10. März 2026 entnehmen. Der Beschluss wird Ihnen wie jedes Jahr nach der Verabschiedung durch den Regierungsrat zugestellt.

In der Beilage erhalten Sie zudem die Stellungnahme der Finanzdirektion zur Qualität der Finanzplanung im Allgemeinen.

Datenschutzstelle

Im nächsten Jahr steht die Wahl der Datenschutzbeauftragten im Kantonsrat an. Die Stawiko stimmt dem Antrag der Delegation zu einer damit verbundenen Aufforderung an den Regierungsrat stillschweigend zu.

Der Regierungsrat wird aufgefordert, seinen Beitrag zu leisten, um eine konstruktive Zusammenarbeit sowie effiziente Prozesse mit der Datenschutzstelle sicherzustellen. Die Zusammenarbeit zwischen der Datenschutzstelle und der Regierung muss sachlich erfolgen und einen gesamtgesellschaftlichen Nutzen bringen. In Zusammenarbeit mit der Justizprüfungskommission (JPK) soll sich der Regierungsrat beratend in die Vorbereitung der Wahl der Datenschutzstelle für die kommende Amtsperiode 2026–2030 einbringen.

Stellungnahme

Für die Wahl der oder des Datenschutzbeauftragten ist gemäss § 18 Abs. 2 des Datenschutzgesetzes (DSG, BG 157.1) der Kantonsrat zuständig. Und laut § 19 Abs. 3 Ziff. 4 des Kantonsratsbeschlusses über die Geschäftsordnung des Kantonsrats (GO KR; BGS 141.1) obliegt der Justizprüfungskommission die Vorbereitung der Wahl. Der Regierungsrat kann und darf dementsprechend keinen Einfluss auf die Wahl nehmen. Nach Rücksprache mit der engeren Stawiko (vgl. Protokoll der Sitzung vom 17. Dezember 2025) steht der Regierungsrat aber für allfällige Rückfragen der Justizprüfungskommission zur Verfügung.

Expressgebühr beim Handelsregister

In der Diskussion wird die Einführung eines Expressverfahrens besprochen, bei welchem dringende Geschäfte gegen eine zusätzliche Gebühr schneller bearbeitet würden. In der Antwort zur Interpellation von Tabea Estermann, Adrian Risi, Peter Letter und Mirjam Arnold betreffend Benchmarking und Effizienz des Zuger Handelsregisteramtes (Vorlage 3854 - 18144) erachtete der Regierungsrat eine solche generelle Bevorzugung von Kundschaft, die mehr bezahlen will beziehungsweise kann, aus rechtsstaatlicher Sicht als unzulässig. Staatliches Handeln müsse insbesondere die Rechtsgleichheit beachten (Art. 8 der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft (BV; SR 101) vom 18. April 1999). Jede Person habe in Verfahren vor Verwaltungsinstanzen Anspruch auf gleiche und gerechte Behandlung (Art. 29 BV).

Der Regierungsrat wird aufgefordert zu prüfen, wie beim Handelsregisteramt gegen eine zusätzliche Expressgebühr für dringende Geschäfte ein schnellerer Zugang zu den Dienstleistungen angeboten werden kann.

Seite 5/9

Stellungnahme

Diese Fragestellung wurde bereits in der Interpellation betreffend Benchmarking und Effizienz des Zuger Handelsregisteramtes (Vorlage Nr. 3854) vom 13. Januar 2025 aufgeworfen und vom Regierungsrat eingehend beantwortet (vgl. Antwort auf Frage 2). Er hielt zusammengefasst fest, dass er eine generelle Bevorzugung von Kundinnen und Kunden, die mehr bezahlen wollen beziehungsweise können, aus rechtsstaatlicher Sicht als unzulässig erachtet. An dieser Antwort des Regierungsrats vom 29. April 2025 wird festgehalten.

Im Bericht und Antrag der erweiterten Staatswirtschaftskommission vom 29. Oktober 2025 zum Budget 2026 und Finanzplan 2026-2029 wird angeführt, dass andere Kantone ein solches Expressverfahren anbieten würden. Uns ist jedoch trotz Nachfrage keine Handelsregisterbehörde bekannt, die ein solches Verfahren anbietet. Möglicherweise bezieht sich die Staatswirtschaftskommission auf Vorprüfungen. Beim Handelsregisteramt des Kantons Zürich können für speziell dringliche und/oder komplexe Eintragungsgeschäfte das Task-Force-Vorprüfungsverfahren in Anspruch genommen werden, wobei die Gebühr 350 Franken pro Stunde beträgt (vgl. Eintragsbelege Handelsregister vorprüfen lassen: <https://www.zh.ch/de/wirtschaft-arbeit/handelsregister/vorpruefen.html>). Solche dringlichen Vorprüfungsverfahren werden vom Zuger Handelsregisteramt ebenfalls sehr speditiv behandelt, ohne dass dafür Expressgebühren erhoben würden. Dabei wird wie im Kanton Zürich sichergestellt, dass dieselbe Person, welche die Vorprüfung vorgenommen hat, auch die Eintragung behandelt.

Sodann weisen wir darauf hin, dass beim Handelsregisteramt die durchschnittliche Eintragungsdauer im Jahr 2025 4,1 Arbeitstage betrug (im Vorjahr 4,9 Arbeitstage). Zum Vergleich weist das Handelsregisteramt Zürich eine normale Bearbeitungsdauer von 7 bis 10 Tagen aus. Zudem hat der Kantonsrat den Leistungsauftrag des Handelsregisteramts mit dem Budget 2026 mit einem weiteren Leistungsziel ergänzt, wonach Gründungen neu (sinngemäss) innert 2 Tagen einzutragen sind. Demnach werden die Gründungen neu ohnehin prioritär bearbeitet. Überdies bietet das Handelsregisteramt bei entsprechender Dringlichkeit und Wichtigkeit bereits heute in Absprache mit der Kundin oder dem Kunden Hand, eine Eintragung rascher beziehungsweise beförderlicher vorzunehmen. Eine solche dringliche Behandlung eines Geschäfts steht jeder Kundin und jedem Kunden offen, nicht nur solchen, die mehr dafür bezahlen. Selbst ohne entsprechende Anfrage beim Handelsregisteramt ist es selbstverständlich, dass beispielsweise eine Kapitalerhöhung um mehrere Millionen Franken rascher bearbeitet wird als eine gewöhnliche Personalmutation, deren Eintrag ohnehin lediglich deklaratorische Wirkung hat.

Kindes- und Erwachsenenschutz

Probleme bereiten gemäss Delegation vor allem die zurückgestellten Gefährdungsmeldungen, die laufend zunehmen. Das ist per se schon stossend und untragbar. Doch daraus könnten auch Staatshaftungsklagen und andere Anzeigen resultieren, was wiederum zu Mehraufwendungen im Amt führe. Schlussendlich würden die betroffenen Personen darunter leiden, in erster Linie auch die Kinder im Kinderschutz, die nichts für ihre Situation könnten. Um Verbesserungen erzielen zu können, wurde in einem ersten Schritt eine externe Analyse in Auftrag ge-

Seite 6/9

geben. Die Probleme würden mittelfristig aber noch bestehen bleiben. Im Budget 2026 sind deshalb zusätzliche Stellenprozente vorgesehen.

Die Direktion des Innern wird aufgefordert, im Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz mit den zur Verfügung gestellten Personalressourcen schnellstmöglich Ordnung zu schaffen und die zurückgestellten Gefährdungsmeldungen abzuarbeiten. Die externe Analyse gilt es ab Vorliegen des Berichts sofort mit den vorgeschlagenen Lösungsansätzen umzusetzen. Es wird auf das nächste Budget 2027 erwartet, dass eine Stabilisierung im Amt eintritt und keine weiteren Stellenanträge mehr gestellt werden.

Stellungnahme

Die Ergebnisse der Analyse von PwC sowie die entsprechenden Empfehlungen liegen der Direktion des Innern seit dem 9. Februar 2026 vor. Die Direktion hat ableitend aus den Empfehlungen einen Massnahmenplan mit Priorisierungen erarbeitet (sämtliche Dokumente sind öffentlich einsehbar: https://zg.ch/news/news~_2026_2_externe-analyse-im-amt-fuer-kindes-und-erwachsenenschutz-bericht-und-massnahmenplan-liegen-vor-~.html). In Bezug auf den Personalbestand hält der Bericht unter anderem fest, dass das Amt personell (unter Berücksichtigung der bereits bewilligten Stellen 2026) vergleichsweise schlank aufgestellt ist. In diesem Zusammenhang empfiehlt PwC eine Überprüfung der Personalressourcen, insbesondere einer Aufstockung der Rolle der Amtsleitung sowie des Wissensmanagements und der Qualitätssicherung. Zudem empfiehlt die PwC die Schaffung zusätzlicher Ressourcen zur Professionalisierung von strukturellen und Management-Themen und zur dauerhaften Transformation und Weiterentwicklung des Amtes.

Die Direktion des Innern wird den entsprechenden Bedarf für das KES in den kommenden Wochen im Hinblick auf den anstehenden Budgetierungsprozess für das Jahr 2027 vertieft prüfen und je nach Ergebnis in die kommende Budgetierung einfließen lassen.

Zu den Gefährdungsmeldungen: Mit den zusätzlich für das Jahr 2026 zur Verfügung gestellten Personalressourcen im Bereich KESB sowie den zusätzlichen Hilfskräften können die zurückgestellten Gefährdungsmeldungen sukzessive abgebaut werden (aktueller Stand der zurückgestellten Meldungen per 27. Februar 2026: 80).

Aktualisierungen zur Stellungnahme zu den Aufforderungen der Stawiko zum Geschäftsbericht 2024 vom 28. Mai 2025

Da die Stawiko die Stellungnahme des Regierungsrats zur letzten Pendenzenliste, welche sie zum Geschäftsbericht 2024 gestellt hatte, nicht behandeln konnte, gibt es zu folgenden Themen Aktualisierungen:

Personalkostencontrolling/Personalreporting

Die Bewirtschaftung des Personalkostenblocks ist von entscheidender Bedeutung. Die Ämter sollten periodisch mit den notwendigen Steuerungsinformationen ausgestattet werden, damit

Seite 7/9

drohende Budgetüberschreitungen frühzeitig erkannt werden können, um Gegenmassnahmen einzuleiten.

Es ist ein Personalkostencontrolling/Personalreporting zu entwickeln und einzuführen, sodass eine präzisere – auch unterjährige Steuerung – der Personalkosten innerhalb des Budgetrahmens unterstützt wird.

Aktualisierte Stellungnahme: Das Personalamt hat durch interne Umschichtungen eine entsprechende Stelle geschaffen, welche sich mit der Definition eines ganzheitlichen Datenmodells sowie dem Aufbau eines entsprechenden Datenwarehouses beschäftigt, um künftig eine digitale Übersicht über die wichtigsten Personalkennzahlen den Direktionen und Ämtern zur Verfügung zu stellen. Die Umsetzung des ersten Teilbereichs, welche die Stellenbewirtschaftung umfasst, wurde im 4. Quartal 2025 umgesetzt.

Zeit- und Ferienguthaben

Insbesondere bei den Feriensaldi ist eine starke Zunahme zu verzeichnen (von 60 965 Stunden per 31. Dezember 2023 auf 77 028 Stunden per 31. Dezember 2024). Ein möglicher Grund könnte sein, dass nicht alle Mitarbeitenden bei ihrer Ferienplanung berücksichtigt haben, dass ihnen aufgrund der angepassten Anstellungsbedingungen mehr Ferientage zur Verfügung stehen.

Die Feriensaldi in den jeweiligen Ämtern sind zu überprüfen und die Mitarbeitenden darauf hinzuweisen, die Feriensaldi zu beziehen und abzubauen.

Aktualisierte Stellungnahme: Es ist ebenfalls im Rahmen des obenerwähnten Aufbaus eines Personalreportings vorgesehen, neben den üblichen Kennzahlen zur Stellenbelegung, Absenzen und Fluktuation, auch die Zeitguthaben auszuwerten und den Direktionen und Ämtern zur Verfügung zu stellen. Diese Teilbereiche werden im Verlaufe des Jahres 2026 umgesetzt.

Baudirektion: Personelle Verstärkung im Bereich Baugesuche

Im Bereich Baugesuche lässt die zunehmende Arbeitslast eine spürbare Belastung feststellen. Dies führt zu teilweise langen Bearbeitungszeiten, die in der Folge auch den Projektfortschritt verzögern können.

Aufgrund der zunehmenden Arbeitslast und gesteigener Komplexität bei Baugesuchen, (Aufsichts-) Beschwerden und den anstehenden Ortsplanungen ist dieser Bereich personell moderat zu verstärken. Damit sollen effiziente Abläufe sichergestellt und die Verfahrensdauer positiv beeinflusst werden.

Aktualisierte Stellungnahme: Es ist zutreffend, dass die Arbeitslast und Komplexität im Bau-, Planungs- und Umweltrecht in den vergangenen Jahren zugenommen hat. Insbesondere die laufenden Ortsplanungen mit den dazugehörigen Genehmigungs- und Beschwerdeverfahren nehmen zusätzlich Zeit in Anspruch. Die Baudirektion ist sich dieser Entwicklung beziehungs-

Seite 8/9

weise Herausforderung bewusst und hat im Budgetprozess für das Jahr 2026 eine moderate Erhöhung des Stellenetats im Direktionssekretariat (Juristische Mitarbeit) um 0.70 Stellen beantragt. Der Kantonsrat hat die moderate Aufstockung des Personalbestands gutgeheissen und das Direktionssekretariat konnte die Stelle bereits auf anfangs Januar 2026 besetzen.

Sicherheitsdirektion: Spezialfinanzierung Zivilschutz

Gemäss Beschluss vom 26. Oktober 2017 hat der Kantonsrat den Objektkredit über 12,822 Millionen Franken für die Instandsetzung und Erweiterung des Ausbildungszentrums Schönauf auf dem GS 2257, Lorzenstrasse 4, Cham genehmigt (BGS 1021.001). Mit diesem Beschluss wurde gleichzeitig bestimmt, dass dafür 6 Millionen Franken aus der Spezialfinanzierung Zivilschutz entnommen werden. Mit der heutigen Ersatzabgabe von 800 Franken pro nicht erstelltem Schutzplatz werden die Mittel der Spezialfinanzierung gemäss Schätzungen der Sicherheitsdirektion voraussichtlich im Jahr 2027 aufgebraucht sein und künftige Ausgaben müssten deshalb vom Kanton bevorschusst werden.

Es ist ein Kantonsratsbeschluss vorzubereiten und vorzulegen, welcher eine Einmaleinlage in die Spezialfinanzierung Zivilschutz vorsieht.

Aktualisierte Stellungnahme: Das Direktionssekretariat der Sicherheitsdirektion hat den zu erarbeitenden Antrag in die ordentliche Geschäftsplanung aufgenommen und ein entsprechendes Dossier angelegt. Vom Amt für Bevölkerungsschutz, Zivilschutz und Militär wurden Modellrechnungen für die in den nächsten Jahren erwarteten Einnahmen und Ausgaben angestellt. Des Weiteren wurden die Akten zum damaligen Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für die Instandsetzung und Erweiterung des Ausbildungszentrums Schönauf angefordert. Die Sicherheitsdirektion wird gestützt auf die entsprechenden Unterlagen den Kantonsratsbeschluss für eine Einmaleinlage in die Spezialfinanzierung Zivilschutz formulieren.

Stand Februar 2026: Der Bericht und Antrag an den Kantonsrat ist erarbeitet. Bis April 2026 wird das interne Mitberichtsverfahren abgeschlossen. Die weiteren Meilensteine sind wie folgt vorgesehen:


- Juli 2026: 1. und 2. Lesung Regierungsrat
- September 2026: Kommissionssitzungen
- Februar 2027: 1. Lesung Kantonsrat
- März 2027: 2. Lesung Kantonsrat
- 1. August 2027: Inkrafttreten ohne Volksabstimmung

Besten Dank für die Kenntnisnahme. Für ergänzende Fragen stehen die Direktionen an den Visitationen der Stawiko-Delegationen gerne zur Verfügung. Abschliessend hält der Regierungsrat fest, dass mit vorliegendem Schreiben die Pendenzen abgearbeitet und erledigt sind.

Seite 9/9

Zug, 17. März 2026

Freundliche Grüsse
Regierungsrat des Kantons Zug



Andreas Hostettler
Landammann



Tobias Moser
Landschreiber

Beilage:

- Beilage 1: Stellungnahme der Finanzdirektion zur Qualität der Finanzplanung vom 16. Februar 2026

Versand per E-Mail an:

- Sekretariat der Staatswirtschaftskommission (peter.berchtold@zg.ch)
- Alle Direktionen
- Staatskanzlei (info.staatskanzlei@zg.ch)

Beilage 2**Liste der Budgetkreditüberschreitungen**

(die in Klammern ausgewiesenen Beträge entsprechen der Budgetkreditüberschreitung;
«netto» bedeutet Aufwand abzüglich dazugehörige Einnahmen)

- RRB vom 5. November 2024 betr. Ausschreibung Projekt « IT5050.0358 AIO: IT-Arbeitsplatz 2024+ (ITAP2024+)» Zuschlag an die Firma Computacenter AG, 8953 Dietikon (Investitionsrechnung 0,3 Millionen Franken);
- RRB vom 19. November 2024 betr. Hochbau, An der Aa, Projekt: Mobile Notstromanlage An der Aa, Ausgabenvollzugsentscheid (Investitionsrechnung 0,71 Millionen Franken);
- RRB vom 17. Dezember 2024 betr. Ersatzbeschaffung Defibrillatoren für den Einsatz im Rettungsdienst: Vergabe des Zuschlags an MK-MED Medizintechnik AG (Investitionsrechnung 0,54 Millionen Franken);
- RRB vom 20. Dezember 2024 betr. Stiftung Eichholz: Genehmigung der Mehrkosten der Investition betreffend Mieterausbau Chollerstrasse sowie Genehmigung Entnahme aus Reserven aus Leistungsvereinbarung (Investitionsrechnung 0,31 Millionen Franken);
- RRB vom 14. Januar 2025 betr. Projekt «SD3541.0003 Werterhalt Polycom 2030», Kenntnisnahme einer Budgetkreditunterschreitung im Budget 2024 und Budgetkreditüberschreitung im Budget 2025 (Investitionsrechnung 2,4 Millionen Franken);
- RRB vom 14. Januar 2025 betr. Deponie Baarburg, GS 4544, Projekt: BD3050.001 1 / Ersatz Gasfackel, Ausgabenvollzugsentscheid (Investitionsrechnung 0,125 Millionen Franken);
- RRB vom 28. Januar 2025 betr. Projekt «IT5050.0354 Lifecycle Oracle ODA»: Kenntnisnahme einer Budgetkreditüberschreitung im Budget 2025 (Investitionsrechnung 0,44 Millionen Franken);
- RRB vom 18. Februar 2025 betr. Projekt «IT5050.0393 Ablösung der App für KR-Geschäfte», Kenntnisnahme einer Budgetkreditüberschreitung im Budget 2025 (Investitionsrechnung 0,08 Millionen Franken);
- RRB vom 4. März 2025 betr. Projekt «IT5050.0289 Digitale Dossierführung, IT3592.0001», Kenntnisnahme einer Budgetkreditüberschreitung im Budget 2025 (Investitionsrechnung 0,089 Millionen Franken);
- RRB vom 29. April 2025 betr. Projekt «IT5050.0352 Modernisierung Standort- / Gebäude-Netzwerkverkabelung», Kenntnisnahme einer Budgetkreditüberschreitung im Budget 2025 (Investitionsrechnung 0,6 Millionen Franken);
- RRB vom 6. Mai 2025 betr. Beitrag an erhöhten Migrationskosten bei der Softwareerneuerung Viacar V20 – Ausgabenvollzugsentscheid und Kenntnisnahme einer Budgetkreditüberschreibung (Erfolgsrechnung 0,72 Millionen Franken);
- RRB vom 13. Mai 2025 betr. Projekt «IT5050.5008 Webapplikation Kantonspauschale Ki-BeG / KiBeV», Ergänzung zum IT-Projektportfolio 2025 und Kenntnisnahme einer Budgetkreditüberschreitung im Budget 2025 (Investitionsrechnung 0,1 Millionen Franken);
- RRB vom 20. Mai 2025 betr. Mietliegenschaft «Asylunterkunft Zollweid», Zollweid 12, 6331 Hünenberg (Erfolgsrechnung 0,027 Millionen Franken);
- RRB vom 20. Mai 2025 betr. Budgetkredit 2025 Konto TB3020.0023.004 und Reussdamm-sanierung, Reusshalde bis Sinserbrücke, Gemeinde Hünenberg, Budgetkreditüberschreitung (Investitionsrechnung 0,375 Millionen Franken);
- RRB vom 27. Mai 2025 betr. Projekt «IT5050.2017 HBA: Digitalisierung Dienstleistungszentrum (ePost Zug)», Kenntnisnahme einer Budgetkreditüberschreitung im Budget 2025 (Investitionsrechnung 0,09 Millionen Franken);

- RRB vom 1. Juli 2025 betr. Projekt «IT5050.1009 Zubehör - Beschaffungsprojekt», Kenntnisnahme einer Budgetkreditüberschreitung im Budget 2025 (Investitionsrechnung 0,1 Millionen Franken);
- RRB vom 8. Juli 2025 betr. Altlastensanierung GS 286 (verbleibendes Teilgrundstück im Eigentum Kanton Zug); Ausgabenvollzugsentscheid (Erfolgsrechnung 0,941 Millionen Franken);
- RRB vom 8. Juli 2025 betr. Separatfondsverwaltung: Aufhebung der Finanzierung des interkantonalen Kulturlastenausgleichs über den Lotteriefonds und Kenntnisnahme einer Budgetkreditüberschreitung im Budget 2025 (Erfolgsrechnung 2,7 Millionen Franken);
- Beschluss der Baudirektion vom 17. August 2025 betr. HB3060.0391.001 Einbau Tor Fahrzeugunterstände AZ Schönau; Altlastensanierung (Investitionsrechnung 0,09 Millionen Franken);
- RRB vom 19. August 2025 betr. Zusatzfinanzierung BildungsNetz Zug, Kenntnisnahme einer Budgetkreditüberschreitung im Budget 2025 (Erfolgsrechnung 0,15 Millionen Franken);
- RRB vom 2. September 2025 betr. Projekt «IT5050.5002 AFW: Digitalisierung forstliches Beitragswesen», Kenntnisnahme einer Budgetkreditüberschreitung im Budget 2025 (Investitionsrechnung 0,04 Millionen Franken);
- RRB vom 23. September 2025 betr. Projekt «IT5050.0385 Objektdaten-Storage für grosse Datenmengen», Kenntnisnahme einer Budgetkreditüberschreitung im Budget 2025 (Investitionsrechnung 0,66 Millionen Franken);
- RRB vom 28. Oktober 2025 betr. Kostenerhöhung Altlastensanierung Grundstück (GS) Nr. 286, Grundbuch Zug, (verbleibendes Teilgrundstück im Eigentum Kanton Zug), Ausgabenvollzugsentscheid (Erfolgsrechnung 0,135 Millionen Franken);
- RRB vom 28. Oktober 2025 betr. Altlastensanierung Grundstück (GS) Nr. 4308, Grundbuch Zug, Grundstück im Eigentum Kanton Zug, Ausgabenvollzugsentscheid (Erfolgsrechnung 0,48 Millionen Franken);
- RRB vom 28. Oktober 2025 betr. Projekt «IT5050.2045 Digital Experience Plattform KTZG & Gemeinden, Kenntnisnahme einer Budgetkreditüberschreitung im Budget 2025» (Investitionsrechnung 0,9 Millionen Franken);
- RRB vom 2. Dezember 2025 betr. Ergänzung der Leistungsvereinbarung mit dem Verein Frauenzentrale Zug betreffend Führen einer kantonalen Opferberatungsstelle für die Jahre 2025-2027 (Erfolgsrechnung 0,11 Millionen Franken);
- Beschluss der Baudirektion vom 12. November 2025 betr. HB3060.0391.001 Einbau Tor Fahrzeugunterstände AZ Schönau; Altlastensanierung (Investitionsrechnung 0,2 Millionen Franken);
- RRB vom 9. Dezember 2025 betr. Projekt «IT5050.3001.001 AIO: ISG Umsetzung für den Kanton Zug», Kenntnisnahme einer Budgetkreditüberschreitung im Budget 2025 (Erfolgsrechnung 0,065 Millionen Franken);
- RRB vom 10. März 2026 betr. Projekte IT5050.5002, IT5050.2026, IT5050.2045, IT5050.0289, IT5050.0312, IT5050.0370 und IT5050.0392: Kenntnisnahme von Budgetkreditüberschreitungen im Budget 2025 (Investitionsrechnung 0,55 Millionen Franken);
- RRB vom 31. März 2026 betr. Projekt «GD4040.0001.001: ECM Ausgleichskasse», Beitrag an die Ausgleichskasse Zug für das ERP-System «ECM» für die Jahre 2025 bis 2029; Kenntnisnahme der Budgetkreditüberschreitung in den Jahren 2025 und 2026 (Investitionsrechnung 0,22 Millionen Franken).

Beilage 3

Personalstellenübersicht der kantonalen Verwaltung per 31.12.2025 (Stand 18.02.2026)											
Bemerkungen:											
- Enthalten sind alle Stellen für Festangestellte (inkl. Projekt- und drittfinanzierte Stellen).											
- Nicht enthalten sind die Stellen für Hilfskräfte, Aushilfen, Fachpersonal und Personen in Ausbildung.											
- Die internen und externen Sozialstellen sind in der Kostenstelle 5011 Allgemeiner Personalaufwand enthalten.											
- Die Spalten "Ist 31.12.xx" sind Momentaufnahmen und geben keine Auskunft über die Jahresdurchschnittspensen.											
Amts-Nr.	Direktion / Amt	Ist 31.12.21	Ist 31.12.22	Ist 31.12.23	Ist 31.12.24	Budget 2025	Ist 31.12.25	Diff. Ist 31.12.25 zu Budget 2025	Ø Ist 25	Diff. Ø Ist 25 zu Budget 2025	Budget 2026
11	Allgemeine Verwaltung	38.35	42.25	43.85	45.85	50.20	49.22	-0.98	49.03	-1.17	50.90
1120.0900	Kanzlei (ab 2022 inkl. Komm.stelle RR)	21.80	23.95	24.60	25.45	28.20	27.80	-0.40	27.68	-0.52	28.80
1126	Staatsarchiv	11.75	14.50	15.30	16.45	17.85	17.47	-0.38	17.40	-0.45	17.95
1126.0000	- Archiv				16.45	17.85	17.47	-0.38	17.40	-0.45	17.95
1126.0900	- Moderne Zuger Kant'geschichte (ab 2024)										
1128	Ombudsstelle	1.20	1.30	1.35	1.35	1.55	1.35	-0.20	1.35	-0.20	1.55
1129	Datenschutzstelle	2.60	2.50	2.60	2.60	2.60	2.60	-	2.60	-	2.60
1130	Kommunikationsstelle des Regierungsrats	1.00									
15	Direktion des Innern	210.70	209.95	212.00	234.55	313.95	312.90	-1.05	292.80	-21.15	320.75
1500	Direktionssekretariat	15.30	15.40	15.20	14.40	14.85	14.70	-0.15	14.69	-0.16	14.65
1500.0300	- Direktionssekretariat	11.80	11.60	10.90	10.40	10.45	10.60	0.15	10.65	0.20	10.45
1500.4100	- Zivilstands- und Bürgerrechtssdienst	3.50	3.80	4.30	4.00	4.40	4.10	-0.30	4.04	-0.36	4.20
1515.0300	Amt für Grundbuch und Geoinformation	32.95	33.55	33.35	33.65	34.50	34.50	-	33.53	-0.97	34.80
1530.0300	Amt für Wald und Wild	18.40	19.50	19.50	21.50	21.50	21.50	-	21.76	0.26	22.30
1550	Sozialamt	71.60	72.00	70.60	86.05	160.40	159.75	-0.65	140.77	-19.63	160.40
1550.0300	- Sozialwesen	14.10	14.10	14.40	17.25	16.65	17.15	0.50	16.44	-0.21	18.75
1550.0320	- Soziale Dienste Asyl	57.50	57.90	56.20	68.80	143.75	142.60	-1.15	124.32	-19.43	141.65
1552	Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz	43.70	41.25	44.50	47.85	51.35	51.10	-0.25	50.81	-0.54	57.25
1552.0300	- Kindes- und Erwachsenenschutz	43.70									
1552.0310	- Mandatszentrum	0.00									
1580	Amt für Denkmalpflege und Archäologie	28.75	28.25	28.85	31.10	31.35	31.35	-	31.24	-0.11	31.35
17	Direktion für Bildung und Kultur	313.79	323.47	336.60	341.68	362.23	367.02	4.79	360.08	-2.15	374.23
1700.0300	Direktionssekretariat	4.90	4.90	5.15	5.35	5.35	5.35	-0.00	5.35	-	5.35
1730	Mittelschulen und PH	262.09	271.77	283.90	288.38	305.83	309.52	3.69	305.04	-0.79	315.13
1730.0300	Amt für Mittelschulen und PH	2.65	2.65	2.65	2.65	3.00	2.65	-0.35	2.70	-0.30	3.10
1730.1100	Kantonsschule Zug:										
	- Administration	22.30	22.40	22.20	22.00	23.15	23.00	-0.15	22.95	-0.20	23.45
	- Lehrpersonen	142.58	151.53	156.03	163.19	140.86	147.03	6.17	156.12	15.26	146.86
1730.2100	Kantonsschule Menzingen:										
	- Administration	12.70	11.50	17.60	17.00	17.60	16.70	-0.90	16.65	-0.95	17.60
	- Lehrpersonen	56.46	56.27	56.30	50.00	57.33	58.08	0.75	59.39	2.06	57.33
1730.3100	Fachmittelschule:										
	- Administration	3.60	3.60	3.60	3.70	3.70	3.85	0.15	3.75	0.05	4.10
	- Lehrpersonen	21.80	23.82	25.52	27.25	27.39	27.21	-0.18	27.46	0.07	27.39
1730.7100	Kantonsschule Rotkreuz:										
	- Administration				0.20	8.80	8.80	0.00	5.23	-3.57	8.80
	- Lehrpersonen				2.39	24.00	22.21	-1.79	10.78	-13.22	26.50
1740	Amt für gemeindliche Schulen	27.55	27.65	28.40	28.70	31.10	32.50	1.40	30.02	-1.08	31.80
1740.0300	- Amtsleitung	3.30	3.15	3.15	3.15	3.45	3.45	0.00	3.43	-0.02	4.05
1740.1100	- Div. Ämter, ab 2022 Schulentwicklung	24.25	2.20	2.40	2.40	2.50	2.90	0.40	2.38	-0.12	2.50
1740.2100	- Schulaufsicht		2.15	2.35	2.45	2.15	2.35	0.20	2.37	0.22	2.15
1740.3100	- Schulpsychologischer Dienst		11.55	11.25	11.75	12.55	13.35	0.80	12.38	-0.17	12.60
1740.4100	- Externe Schulevaluation		4.05	4.15	4.05	4.75	4.75	-	4.34	-0.41	4.75
1740.5100	- Didaktisches Zentrum		2.00	2.00	2.00	2.00	2.00	-	2.00	-	2.00
1740.5110	- Lehrmittelzentrale		0.70	0.75	0.75	0.75	0.75	-	0.75	-	0.80
1740.6100	- Sonderpädagogik		1.85	2.35	2.15	2.95	2.95	0.00	2.37	-0.58	2.95
1777	Amt für Berufsberatung	13.20	13.00	13.00	13.10	13.60	13.40	-0.20	13.36	-0.24	14.80
1777.0300	- Leitung, Administration	2.80	2.60	2.60	2.60	2.70	2.60	-0.10	2.60	0.10	2.70
1777.0310	- Beratung	6.65	6.65	6.65	6.75	7.15	6.35	-0.80	6.54	-0.61	8.35
1777.0320	- Berufsinfo, Dokumentation	2.25	2.25	2.25	2.25	2.25	2.45	0.20	2.40	0.15	2.25
1777.0330	- Stipendien	1.50	1.50	1.50	1.50	1.50	2.00	0.50	1.62	0.12	1.50
1790	Amt für Kultur	6.05	6.15	6.15	6.15	6.35	6.25	-0.10	6.31	-0.04	7.15
1790.1100	- Amt für Kultur	1.90	2.00	2.00	2.00	2.20	2.20	0.00	2.20	-	2.20
1790.4100	- Museum für Urgeschichte	4.15	4.15	4.15	4.15	4.15	4.05	-0.10	4.11	-0.04	4.95

Amts-Nr.	Direktion / Amt	Ist 31.12.21	Ist 31.12.22	Ist 31.12.23	Ist 31.12.24	Budget 2025	Ist 31.12.25	Diff. Ist 31.12.25 zu Budget 2025	Ø Ist 25	Diff. Ø Ist 25 zu Budget 2025	Budget 2026
20	Volkswirtschaftsdirektion	316.79	312.92	313.99	349.71	365.82	366.94	1.12	359.27	-6.55	370.97
2000	Direktionssekretariat	5.90	7.60	5.70	6.30	6.25	6.25	-	6.25	-	6.25
2011	Amt für Berufsbildung	10.40	10.60	11.00	11.20	11.20	10.40	-0.80	11.13	-0.07	11.40
2012	Amt für Brückenangebote:	21.51	20.77	19.75	25.20	25.30	24.65	-0.65	24.65	-0.65	26.30
2012.0310	- Administration	1.75	1.75	1.75	1.80	1.85	1.85	-	1.85	0.00	1.85
	- Lehrpersonen	19.76	19.02	18.00	23.40	23.45	22.80	-0.65	22.80	-0.65	24.45
2012.0300	- Amts- und Angebotsleitende	2.00	2.15	2.15	2.15	2.15	2.30	0.15	2.30	0.15	2.15
2012.0320	- Lehrpersonen, Lernberatende	17.76	16.87	15.85	21.25	21.30	20.50	-0.80	20.50	-0.80	22.30
2013	GIBZ:	123.10	120.54	125.18	131.63	133.95	139.25	5.30	136.46	2.51	134.25
	- Administration	25.50	24.80	26.00	26.20	27.50	26.80	-0.70	26.59	-0.91	27.80
2013.0110	- Gebäude- und Hausdienst	14.60	14.70	15.00	14.70	15.40	15.00	-0.40	15.07	-0.33	15.40
2013.0120	- Informatik	2.00	1.00	1.00	1.00	1.00	1.00	-	1.00	-	1.00
2013.0130	- Mediathek	1.80	1.80	1.80	1.80	1.80	1.80	-	1.80	0.00	1.80
2013.0300	- Leitung, Administration	7.10	7.30	8.20	8.70	9.30	9.00	-0.30	8.73	-0.57	9.60
	- Lehrpersonen (ab 2025 inkl. Weiterbildung)	97.60	95.74	99.18	105.43	106.45	112.45	6.00	109.87	3.42	106.45
2015	LBBZ:	18.55	19.55	17.70	18.76	19.00	18.10	-0.90	18.19	-0.81	20.35
	- Administration	10.35	10.40	10.05	10.05	10.15	8.90	-1.25	8.71	-1.44	10.15
2015.0110	- Facility Management (Gebäude)	2.20	2.20	2.20	1.80	1.80	0.90	-0.90	0.90	-0.90	1.80
2015.0300	- Administration	1.90	1.95	2.05	2.05	2.15	2.25	0.10	2.05	-0.10	2.15
2015.0310	- Lehrer/Berater (Kto 3010.10)	0.25	0.25	0.00							
2015.0325	- Küche	2.00	2.00	2.00	2.00	2.00	2.00	-	2.00	-	2.00
2015.5100	- Schulgutsbetrieb	4.00	4.00	3.80	4.20	4.20	3.75	-0.45	3.75	-0.45	4.20
	- Lehrpersonen (ab 2025 inkl. Weiterbildung)	8.20	9.15	7.65	8.71	8.85	9.20	0.35	9.48	0.63	10.20
2019	KBZ:	64.83	64.36	58.96	75.02	72.42	70.84	-1.58	71.71	-0.71	71.02
	- Administration	12.00	12.00	11.70	12.50	12.60	12.60	-	12.53	-0.07	12.60
2019.0110	- Gebäude- und Hausdienst	5.90	5.90	5.30	5.90	6.00	6.00	-	5.99	-0.01	5.90
2019.0300	- Verwaltung	6.10	6.10								
2019.0210	- Zentrale Dienste (ab 2023 separat)			2.60	2.90	2.90	3.70	0.80	2.97	0.07	1.90
2019.0310	- Grundbildung (ab 2023 separat)			1.60	1.60	1.60	0.80	-0.80	1.47	-0.13	1.60
2019.0320	- Allgem. Weiterbildung (ab 2023 separat)			2.20	2.10	2.10	2.10	-0.00	2.10	-	3.20
	- Lehrpersonen	52.83	52.36	47.26	62.52	59.82	58.24	-1.58	59.19	-0.63	58.42
2030	Amt für Wirtschaft und Arbeit	15.00	13.50	15.70	15.70	15.75	16.10	0.35	15.92	0.17	15.75
2031	Arbeitslosenkasse	23.50	22.70	21.90	23.75	24.30	25.40	1.10	23.87	-0.43	24.30
2031.0120	- Informatik	0.10	0.10								
2031.0300	- Arbeitslosenkasse	23.40	22.60								
2050	Landwirtschaftsamt	5.75	5.75	5.75	5.75	5.75	5.75	-	5.75	-	5.75
2072	Handelsregister- und Konkursamt	28.25	27.55	32.35	36.40	51.90	50.20	-1.70	45.34	-6.56	55.60
2072.0900	- Handelsregisteramt	15.30	14.90	16.65	20.35	24.20	24.35	0.15	23.06	-1.14	27.90
2072.0910	- Konkursamt	12.95	12.65	15.70	16.05	27.70	25.85	-1.85	22.28	-5.42	27.70
30	Baudirektion	163.96	168.90	169.80	171.85	180.80	175.15	-5.65	173.72	-7.08	184.20
3000.0300	Direktionssekretariat	12.35	12.90	12.60	14.10	14.45	14.60	0.15	14.57	0.12	15.15
3020	Tiefbauamt	65.75	66.65	65.60	63.95	68.75	64.45	-4.30	64.55	-4.20	68.75
3020.0300	- Tiefbauamt	28.85	27.45	28.50	27.65	30.85	28.35	-2.50	27.99	-2.86	30.85
3020.0310	- Strassenunterhalt	36.90	39.20	37.10	36.30	37.90	36.10	-1.80	36.57	-1.33	37.90
3050.0300	Amt für Umwelt	19.60	21.30	21.30	22.10	23.50	22.90	-0.60	22.43	-1.07	24.30
3060.0300	Hochbauamt	47.21	49.45	50.35	51.85	52.35	52.25	-0.10	52.28	-0.08	54.05
3081.0300	Amt für Raum und Verkehr	19.05	18.60	19.95	19.85	21.75	20.95	-0.80	19.90	-1.85	21.95
35	Sicherheitsdirektion	431.95	439.65	451.50	476.11	478.30	486.16	7.86	482.43	4.13	494.00
3500	Direktionssekretariat	9.55	8.85	8.55	8.85	11.55	11.35	-0.20	10.30	-1.25	11.55
3540	Amt für Bevölkerungss-, Zivilschutz u. Militär	17.00	16.00	17.00	19.60	21.60	20.60	-1.00	20.75	-0.85	22.60
3540.0900	- Amtsleitung	2.50	2.50	2.50	2.50	2.50	2.50	-	2.50	-	2.50
3540.0910	- Militärverwaltung	4.00	4.00	4.00	4.60	4.60	4.60	-0.00	4.50	-0.10	4.60
3540.0920	- Zivilschutzverwaltung (bis 2025)	2.00	2.00	2.00	2.00	3.00	3.00	-	2.75	-0.25	-
3540.0940	- Zivilschutzorganisation	8.50	7.50	8.50	9.50	10.50	10.50	-	10.17	-0.33	10.50
3540.0950	- Bevölkerungsschutz (ehem. Stabstelle)				1.00	1.00	-	-1.00	0.83	-0.17	5.00
3581	Strassenverkehrsamt	43.70	43.70	44.70	47.10	46.60	47.80	1.20	47.25	0.65	49.10
3581.0300	- Führung	1.50	1.50	1.50	2.50	1.50	1.50	-	1.50	-	1.50
3581.0310	- Prüfung	17.60	17.60	17.60	17.60	17.60	17.60	0.00	17.60	-	17.60
3581.0320	- Zulassung	15.00	15.00	15.60	16.80	16.90	18.10	1.20	17.26	0.36	18.40
3581.0330	- Zentrale Dienste	4.80	4.80	5.20	4.70	5.20	5.20	-	5.45	0.25	6.20
3581.0340	- Recht	4.80	4.80	4.80	5.50	5.40	5.40	0.00	5.44	0.04	5.40
3590.0900	Zuger Polizei	321.60	328.90	339.35	355.06	353.05	361.71	8.66	358.77	5.72	361.95
3592	Amt für Migration	20.20	21.00	21.10	23.60	23.60	22.80	-0.80	23.47	-0.13	23.60
3596	Amt für Justizvollzug (ab 2016)	19.90	21.20	20.80	21.90	21.90	21.90	-	21.90	0.00	25.20
3596.0900	- Strafanstalt	16.40	17.30	16.70	17.80	18.00	17.80	-0.20	17.80	-0.20	19.80
3596.0910	- Vollzugs- und Bewährungsdienst	3.50	3.90	4.10	4.10	3.90	4.10	0.20	4.10	0.20	5.40

Amts-Nr.	Direktion / Amt	Ist 31.12.21	Ist 31.12.22	Ist 31.12.23	Ist 31.12.24	Budget 2025	Ist 31.12.25	Diff. Ist 31.12.25 zu Budget 2025	Ø Ist 25	Diff. Ø Ist 25 zu Budget 2025	Budget 2026
40	Gesundheitsdirektion	92.05	95.90	99.80	105.60	109.10	109.80	0.70	106.40	-2.70	111.10
4000	Direktionssekretariat	11.05	13.20	13.40	12.75	14.00	13.90	-0.10	12.76	-1.24	14.50
4005	Amt für Verbraucherschutz	18.55	18.55	20.15	20.75	23.55	21.55	-2.00	21.10	-2.45	23.55
4005.0300	- Leitung	2.00	2.00	2.50	2.65	2.50	2.65	0.15	2.65	0.15	2.50
4005.0310	- Inspektion	4.40	4.40	4.40	5.30	6.40	6.30	-0.10	5.55	-0.85	6.40
4005.0320	- Untersuchungen	8.55	8.55	8.55	8.95	10.95	8.75	-2.20	8.90	-2.05	10.95
4005.0330	- Veterinärdienst	2.60	2.60	3.70	2.85	2.70	2.85	0.15	3.00	0.30	2.70
4005.0340	- Eichstelle	1.00	1.00	1.00	1.00	1.00	1.00	-	1.00	-	1.00
4021.0300	Rettungsdienst	38.10	39.60	40.40	43.65	45.20	46.40	1.20	45.69	0.49	44.70
4050.0300	Amt für Gesundheit	17.25	17.25	17.75	19.95	18.25	19.85	1.60	18.75	0.50	20.25
4051.0300	Amt für Sport und Gesundheitsförderung	7.10	7.30	8.10	8.50	8.10	8.10	-0.00	8.10	0.00	8.10
50	Finanzdirektion	219.81	221.40	223.85	243.40	264.25	252.95	-11.30	250.48	-13.77	267.40
5000	Direktionssekretariat	7.75	6.60	7.90	8.05	8.20	9.85	1.65	8.33	0.13	9.35
5001	Finanzkontrolle	4.00	3.95	3.95	4.00	4.00	4.00	-	4.00	-	5.00
5010	Personalamt	10.25	10.45	10.25	12.25	14.30	14.15	-0.15	12.83	-1.47	15.30
5011	Allgemeiner Personalaufwand	11.51	10.10	8.65	9.25	15.30	9.60	-5.70	9.48	-5.82	15.30
5020	Finanzverwaltung	7.80	7.40	6.90	8.20	8.20	7.40	-0.80	7.95	-0.25	8.20
5050	Amt für Informatik und Organisation	50.50	54.20	56.90	68.00	79.20	73.40	-5.80	72.74	-6.46	79.20
5050.0300	- Leitung	6.60	7.40	5.80	5.70	8.00	4.70	-3.30	5.44	-2.56	8.00
5050.0301	- Informationssicherheit (ab 2024)				3.00	1.80	3.00	1.20	3.00	1.20	1.80
5050.0302	- Management Services (ab 2024)				5.70	6.70	6.10	-0.60	6.29	-0.41	6.70
5050.0304	- Operation	4.10	4.10	5.10	6.10	3.10	1.10	-2.00	1.10	-2.00	3.10
5050.0305	- Applikationsmanagement	6.60	10.00	8.80	9.30	11.60	11.50	-0.10	11.70	0.10	11.60
5050.0306	- Infrastructure Management				4.60	3.00	8.30	5.30	7.15	4.15	3.00
5050.0307	- Security Operations Center (ab 2024)				0.80	1.00	2.00	1.00	1.73	0.73	1.00
5050.0309	- Network Communications Service	4.40	4.60	5.40	2.60	6.15	6.60	0.45	5.93	-0.22	6.15
5050.0310	- IT-Infrastruktur Management	5.80	5.20	5.70	3.90	8.40	4.90	-3.50	4.90	-3.50	8.40
5050.0315	- Support	7.60	6.30	7.30	8.00	9.10	8.80	-0.30	8.72	-0.38	9.10
5050.0317	- Services Consulting	5.00	5.20	7.40	3.80	3.65	3.80	0.15	3.80	0.15	3.65
5050.0320	- Projektmanagement	6.40	6.60	6.60	8.20	8.60	8.80	0.20	8.28	-0.32	8.60
5050.0330	- Digital Zug	2.00	2.80	2.80	5.30	8.10	3.80	-4.30	4.70	-3.40	8.10
5051.0311	- Telefonie (bis 2025)	2.00	2.00	2.00	1.00						
5060.0300	Steuerverwaltung	128.00	128.70	129.30	133.65	135.05	134.55	-0.50	135.14	0.09	135.05
	Total Kantonale Verwaltung	1787.40	1814.44	1851.39	1968.75	2124.65	2120.14	-4.51	2074.22	-50.43	2173.55
61	Richterliche Behörden	111.90	111.30	113.40	118.20	121.50	119.10	-2.40	119.42	-2.08	122.50
	Obergericht Richter/innen	18.00	18.00	18.00	19.70	20.90	20.90	-	20.90	0.00	20.90
6101	- Kantonsgericht	9.00	9.00	9.00	9.00	10.40	10.40	-	10.40	0.00	10.40
6106	- Strafgericht	4.00	4.00	4.00	5.00	4.70	4.70	-	4.70	0.00	4.70
6111	- Obergericht	5.00	5.00	5.00	5.70	5.80	5.80	-	5.80	-0.00	5.80
6181	Verwaltungsgericht Richter/innen	3.00	3.00	3.00	3.00	3.50	3.50	-	3.50	-	3.50
	Obergericht Mitarbeitende	82.60	82.00	83.50	86.40	87.70	85.40	-2.30	84.98	-2.72	87.40
6101	- Kantonsgericht	18.10	18.10	18.70	20.90	19.90	19.90	-0.00	19.90	-	19.90
6106	- Strafgericht	6.20	6.20	7.00	6.20	6.20	6.20	-0.00	5.85	-0.35	6.20
6111	- Obergericht	17.50	15.90	15.30	16.60	15.80	15.10	-0.70	14.75	-1.05	15.80
6141	- Staatsanwaltschaft	40.80	41.80	42.50	42.70	45.80	44.20	-1.60	44.48	-1.32	45.50
6181	Verwaltungsgericht Mitarbeitende	7.50	7.50	8.10	8.30	8.20	8.10	-0.10	8.72	0.52	8.50
6183	Schätzungskommission (Sekretariat)	0.80	0.80	0.80	0.80	1.20	1.20	-	1.32	0.12	2.20
	Kanton Zug	1899.30	1925.74	1964.79	2086.95	2246.15	2239.24	-6.91	2193.64	-52.51	2296.05

Erläuterungen

Insgesamt waren per Ende Jahr 2'239 Stellen besetzt. Dies sind 7 Stellen weniger als budgetiert. Dabei handelt es sich um eine Stichtagsbetrachtung per 31. Dezember. In der Jahresbetrachtung waren im Durchschnitt 2'194 Stellen besetzt, bei welcher das Budget um 52 Vollzeitäquivalente unterschritten wurde. Die Gründe für den tieferen Durchschnittswert liegen vorwiegend in unterjährigen Stellenantritten bei neuen Stellen sowie aufgrund von Vakanzen.

Beilage 4

Finanzstatus Übersicht

Zeitraum: 24. September 2025 bis 5. Mai 2026

1. Erfolgsrechnung (in 1'000 Franken)			
		+ Mehraufwand / - Minderaufwand	
Jahr	Aufwand gemäss Budget und Finanzplan	Differenz Aufwand	Aufwand aktualisiert
2026	2'340'200	2'806	2'343'006
2027	2'452'128	8'104	2'460'232
2028	2'455'238	8'228	2'463'466
2029	2'537'249	1'136	2'538'385
		+ Mehrertrag / - Minderertrag	
Jahr	Ertrag gemäss Budget und Finanzplan	Differenz Ertrag	Ertrag aktualisiert
2026	2'712'764	109	2'712'873
2027	2'772'058	61	2'772'119
2028	2'945'198	107	2'945'305
2029	3'056'273	108	3'056'381
		+ Ergebnisverbesserung / - Ergebnisverschlechterung	
Jahr	Ergebnis gemäss Budget und Finanzplan	Differenz Total	Ergebnis aktualisiert
2026	372'564	-2'697	369'867
2027	319'930	-8'043	311'887
2028	489'960	-8'121	481'839
2029	519'024	-1'028	517'996

2. Investitionsrechnung (in 1'000 Franken)			
		+ Mehrausgaben / - Minderausgaben	
Jahr	Nettoinvestitionen gemäss Budget und Finanzplan	Differenz Nettoinvestitionen	Nettoinvestitionen aktualisiert
2026	223'394	34'697	258'091
2027	209'968	17'768	227'736
2028	250'478	17'928	268'406
2029	288'044	7'524	295'568

3. Finanzrechnung (in 1'000 Franken)					
Jahr	Ergebnis ER (A)	Selbst- finanzierung (B)	Netto- investitionen (C)	Finanzierungs- fehlbetrag (B-C)	Selbst- finanzierungs- grad (B/C)
2026	372'564	462'200	223'394	238'806	206.9%
aktualisiert	369'867	459'503	258'091	201'412	178.0%
2027	319'930	412'300	209'968	202'332	196.4%
aktualisiert	311'887	404'257	227'736	176'521	177.5%
2028	489'960	573'300	250'478	322'822	228.9%
aktualisiert	481'839	565'179	268'406	296'773	210.6%
2029	519'024	608'200	288'044	320'156	211.1%
aktualisiert	517'996	607'172	295'568	311'604	205.4%

Beilage 5**Liste der Aufforderungen**

Der Regierungsrat wird aufgefordert:

1. das im Jahr 2026 eingeführte HR-Reporting zu nutzen und insbesondere die vom Kantonsrat bewilligten Stellenplanvorgaben jederzeit einzuhalten.
2. das Projekt «Moderne Zuger Kantonsgeschichte» eng zu begleiten und zu überwachen, damit es nicht noch zu grösseren Verzögerungen bei der Umsetzung kommt.
3. nach seinen Möglichkeiten so zu agieren, dass im Kunsthaus Zug wieder Ruhe einkehrt und ein allfälliger Reputationsverlust – auch für den Kanton Zug – vermieden werden kann.
4. für die Stawiko einen Vergleich über die Umsetzung der Reform «Kaufleute 2023» in den verschiedenen Kantonen und eine Beurteilung über die Umsetzung beim Kaufmännischen Bildungszentrum Zug zu erstellen und abzugeben.
5. den zuständigen Kommissionen und dem Kantonsrat zeitnah darzulegen, in welcher Größenordnung ein Zusatzkredit für die Planung der Gesamtinstandsetzung mit Neubau der Justizvollzugsanstalt Bostadel zu erwarten ist.
6. eine schriftliche Lagebeurteilung zu PFAS – unter Berücksichtigung der Erkenntnisse des Bundes und der Massnahmen anderer Kantone – zu erstellen.
7. auf der Liste der Personalstellenübersicht der kantonalen Verwaltung auch bei der Zuger Polizei die Aufteilung nach den verschiedenen Bereichen – ähnlich wie beim Strassenverkehrsamt – aufzuzeigen.